

Informationen

Neben den Hintergrundgesprächen, dem informellen Meinungsaustausch und den internen Sitzungen ist eine aktive Pressearbeit für den OWWC von entscheidender Bedeutung. So geht der OWWC mit aktuellen Themen an die Öffentlichkeit, um diesen einen entsprechenden Raum in der öffentlichen Meinungsbildung einzuräumen. Pressemitteilungen werden in diesem Bereich veröffentlicht.

Chancen und Herausforderungen durch ein Euro-Amerikanisches Freihandelsabkommen

Veranstaltung der Bayerischen Staatskanzlei und der Europäischen Kommission (Autor Stephan Rauhut, Pressesprecher des OWWC)

Zu einer Diskussion über die Chancen und Herausforderungen des Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) lud die Bayerische Europaministerin *Dr. Beate Merk, MdL* u.a EU Kommissar *Günther Oettinger* nach München. OWWC Vorstandsmitglied Dr. Merk betonte, dass ein Freihandelsabkommen gerade für die exportorientierte bayerische Wirtschaft eine große Chance biete. So würde ein Freihandelsabkommen etwa 0,5 Prozent zusätzliches Wachstum bringen. Für Bayern sei die USA das wichtigste Exportland. Aber Bayern wolle diese Abkommen mitgestalten. Die Hauptziele seien der Abbau von Zöllen, der Abbau von nicht-tariffären Hemmnissen und Doppelprüfungen. Merk machte aber deutlich, dass ein Abkommen nicht dazu führen dürfe, dass erreichte Sozial- und Umweltstandards nicht abgebaut werden dürften. Derzeit seien etwa ein Drittel verhandelt. Daher bleibe es von entscheidender Bedeutung, dass man sich weiter aktiv und konstruktiv an den Beratung beteilige.

EU Kommissar Oettinger wie auch die *Elena Bryan*, Senior Trade Representative der US Botschaft bei der EU, wiesen darauf hin, dass es grundsätzlich auf beiden Seiten des Atlantiks hohe Standards gäbe, diese aber im Detail unterschiedlich wären und bisher gegenseitig nicht anerkannt würden. So müsse ein Pkw z.B. zwei unterschiedliche Crash-Tests absolvieren, obwohl die Unterschiede nicht sehr große seien. Dies sein nach Ansicht von Oettinger gerade für den Mittelstand ein großes Problem. Ähnlich sei es auch bei Lebensmittel, wo es bisher nur sehr wenig Handel gäbe. Aufgrund hoher aber eben unterschiedlicher Standards sei es derzeit so gut wie unmöglich Lebensmittel auf die jeweils andere Seite des Ozeans zu exportieren. Weder bayerisches Weißbier noch andere Bioprodukte könne man handeln, obwohl es gerade dafür einen Markt gäbe. Bryan ging auch auf das immer wieder zitierte „Chlorhuhn“ ein. Auch hier zeige sich eine unterschiedliche Philosophie, in der EU füttere man eher Medikamente zu, in den USA behandle man dann eher nachher das Fleisch, in beiden Fällen ginge es darum für den Menschen gesundheitsschädliche Keime abzutöten. Bryan merkt auch an, dass das gleiche Chlorwasser in Europa z.B. zur Reinigung von Salatblättern verwendet würde.

Oettinger betonte aber auch die langfristige Perspektive. TTIP diene auch dazu, dass Europa und Nordamerika Rechtsstandards und Normen im internationalen Handel gestalten könne. Wenn das nordatlantische Freihandelsabkommen nicht käme, würden sich die USA früher oder später eher auf den pazifischen Raum konzentrieren und Europa mit seinem sinkenden Anteil an der Weltbevölkerung und am Welthandel immer mehr an den Rand rücken. Oettinger betonte aber auch, dass unabhängig von der aktuellen Lage in der Ukraine, es im Interesse beider Seiten bleibe, dass auch Russland weiter mit einbezogen bleibe. Das Ziel müsse ein gemeinsamer Wirtschaftsraum von San Francisco bis Wladiwostok.

Europa hat mehr Optionen

Interview vom 03. April 2014, die Fragen stellte Ralph Müller. (erschieden im Main-Echo u.a. Zeitungen)

Herr Sinner, glauben Sie, dass es noch zu ernsthaften wirtschaftlichen Sanktionen des Westens gegen Russland wegen der Krim-Besetzung kommt?

Nein, wenn damit Embargo oder ähnliches gemeint ist, weil das vielfach zu umgehen wäre und uns selbst treffen und schwächen würde. Im August 2008 gab es den Georgienkonflikt, damals verhandelte Nicolas Sarkozy in Moskau, lehnte Sanktionen ab und suchte eine Lösung mit Russland. Heute 2014 steht das Assoziierungsabkommen Georgiens mit der EU vor der Ratifizierung.

Die Wirtschaft will verständlicherweise keine Sanktionen. Aber wie ernsthaft ist eine politische Droh? und Druckkulisse auf Putin, wenn wir von vornherein sagen, dass wir konkret eigentlich nichts tun wollen?

Das deutliche Ansprechen des Verstoßes gegen das Völkerrecht auf der Krim ist notwendig. "Naming and Shaming" ist wichtig und wirkt auch. 100 Staaten in der UNO-Vollversammlung haben die Annexion auf der Krim verurteilt, nur 11 unterstützten Russland. Barack Obama hat weitere Sanktionen angekündigt. Die könnten sich sehr präzise gegen bestimmte Akteure richten. Jetzt schon sehen wir in der Reaktion der Finanzmärkte einen Sanktionsautomatismus, Kapital fließt aus Russland ab, der Rubel ist unter Druck, das Wachstum stagniert, die Inflation steigt, das Eurasische Projekt Putins ist durch die Eskalation auf der Krim vom Tisch. Kasachstan und Kirgisien reagieren negativ und sehen Alternativen in China. Der kurzfristige Popularitätsgewinn Putins hat damit einen hohen Preis, außenpolitisch und auch innenpolitisch.

Sie halten Wirtschaftssanktionen generell für ungeeignet. Welche Instrumente aber stünden in einem Fall wie der Krim-Krise sonst überhaupt noch zur Verfügung? Sind Einreiseverbote Wirtschaftssanktionen?

Die Verflechtungen zwischen Russland und der EU sind zum beiderseitigen Vorteil sehr groß. Eine Eskalation würde beiden schaden. Russland ist zur Modernisierung, Effizienzsteigerung und wegen der dramatischen Abhängigkeit seines Haushaltes von Energieexporten dringend auf europäische Zusammenarbeit angewiesen. Seit 1997 ist ein EU-Russland Partnerschafts- und Kooperationsabkommen in Kraft. Tausende europäische Firmen entfalten Aktivitäten in Russland und umgekehrt sind russische Firmen auf dem europäischen Binnenmarkt aktiv. Sanktionen sind nur dann effektiv, wenn sie den treffen, dem sie gelten und nicht den, der sie verhängt. Selektive Einreiseverbote sind zwar mehr als symbolische Aktionen, aber keine Lösung. Die Besinnung auf das gemeinsame Interesse und Deeskalation ist die Lösung.

Wie stark wäre Deutschland betroffen, sollte es wider Erwarten doch noch zu ernsthaften Sanktionen kommen. Könnte die Energie (Gas) erneut teurer werden?

Es wird sicher nicht kalt werden, auch wenn 30% der Öl- und Gaslieferungen Deutschlands aus Russland kommen, Europa hat mehr Optionen als Russland. Eine energieautarke Europäische Union ist mittelfristig ein realistisches Ziel. Nirgends macht mehr Europa mehr Sinn als in einer gemeinsamen Energiepolitik.

Es gibt auch in Deutschland "Russland-Versteher", welche die Strategie des Westens in der Krim-Krise und zum Beispiel die Unterstützung höchstfragwürdiger Kräfte in der ukrainischen Regierung in Frage stellen. Gehören Sie auch dazu?

Was sich auf dem Maidan abgespielt hat, ist ein Beweis für die Attraktivität der EU. Bürger gehen auf die Straße, weil sie Freiheit, Menschenrechte, Mitbestimmung und Westorientierung wollen, nicht weil sie von Geheimdiensten animiert oder finanziert wurden. Unter den politischen Gruppen in der Ukraine gibt es auch fragwürdige Kräfte, wie im Übrigen überall. Die Wahlen am 25. Mai 2014 werden zeigen, wer die Mehrheit gewinnt. Ich hoffe, dass es gemäßigte Kräfte sind, die ein Miteinander aller Bevölkerungsgruppen in der Ukraine nicht nur im Programm haben, sondern auch umsetzen. Russland ist wie die